

GdS setzt politischen Dialog zur GKV-Reform fort



Sozialministerin Petra Grimm-Benne, Maik Wagner



Sascha van Beek MdB, Maik Wagner

Nach dem intensiven Austausch mit NRW-Sozialminister Karl Josef Laumann beim Bundeshauptvorstand vergangene Woche in Dortmund hat die GdS den Dialog zu den sozialpolitischen Reformvorhaben der Bundesregierung nahtlos fortgesetzt: In dieser Woche traf sich der GdS-Bundesvorsitzende Maik Wagner mit Sachsen-Anhalts Sozialministerin Petra Grimm-Benne (SPD) und dem Bundestagsabgeordneten Sascha van Beek (CDU/CSU) – und machte auch dort deutlich, wo die GdS steht.

Im Mittelpunkt der Gespräche stand die geplante Reform zur Stabilisierung der Beitragssätze in der gesetzlichen Krankenversicherung. Besonders kritisch bewertet die GdS die vorgesehene Regelung zum Krankengeld. Zwar verzichtet die Bundesregierung auf eine allgemeine Kürzung der Leistung, dennoch soll das Krankengeld künftig auf das Niveau des Arbeitslosengeldes I abgesenkt werden,

wenn während des Leistungsbezugs das Arbeitsverhältnis endet. Aus Sicht der GdS setzt diese Regelung jedoch genau bei denjenigen an, die sich ohnehin bereits in einer besonders schwierigen Lebenssituation befinden. Krankheit darf nicht zusätzlich zu sozialer Unsicherheit und finanziellen Nachteilen führen. Wer während einer Erkrankung seinen Arbeitsplatz verliert, braucht Schutz und Stabilität statt weiterer Einschnitte. Die GdS lehnt daher auch diese Form der Leistungskürzung ab und fordert, dass das Krankengeld weiterhin verlässlich den bisherigen Lebensstandard absichert.

Weiterhin lehnt die GdS eine einseitige Belastung der Versicherten entschieden ab. Patientinnen und Patienten dürfen nicht überproportional zur Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung herangezogen werden, solange andere Einsparmöglichkeiten – etwa bei Arzneimittelherstellern,

Apotheken oder durch eine stärkere Beteiligung des Bundes – ungenutzt bleiben. Entsprechend kritisch sieht die GdS auch mögliche höhere Zahlungen bei Medikamenten, Therapien und Krankenhausaufenthalten, die viele Menschen zusätzlich belasten würden.

Aus Sicht der Gewerkschaft braucht es stattdessen eine nachhaltige und solidarische Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung. Der Bund müsse seiner Verantwortung gerecht werden und insbesondere die Beiträge für Bürgergeldempfänger vollständig aus Steuermitteln finanzieren. Die geplante Kürzung des Bundeszuschusses um zwei Milliarden Euro jährlich weist die GdS daher klar zurück. Auch eine Anhebung der Beitragsbemessungs- und Versicherungspflichtgrenze

wird kritisch bewertet, da sie zusätzliche Belastungen für die Versicherten mit sich bringen kann.

Die GdS wird sich weiterhin aktiv in die gesundheitspolitische Debatte einbringen und für eine sozial gerechte und solidarische Ausgestaltung der gesetzlichen Krankenversicherung eintreten.

Unterstützen Sie uns!

Mitglied werden unter:
www.gds.info/beitritt



GdS **Wir kommt weiter**

Beitrittserklärung

Bitte einsenden an: GdS-Bundesgeschäftsstelle, Müldorfer Straße 23, 53229 Bonn oder gescannt per E-Mail an: info@gds.info

Hiermit erkläre ich meinen Beitritt zur
GdS – Gewerkschaft der Sozialversicherung.

Frau Herr divers

Name | Vorname

Straße

PLZ | Ort

E-Mail (privat)

E-Mail (dienstlich, falls privat nicht vorhanden)

Mobilnummer

Beginn der Mitgliedschaft

Geburtsdatum

Status (z. B. Arbeitnehmer, DO-Angestellter, Beamter, Auszubildender)

Entgelt- | Vergütungs- | Besoldungsgruppe

Arbeitgeber (bitte genaue Beschreibung | Träger)

Regional- | Bezirksdirektion | Haupt- | Bezirksverwaltung | Filiale |
Verwaltungs- | Geschäftsstelle | Servicecenter | Kundenzentrum

Dienstanschrift

Ich wurde geworben durch



Mein GdS-Beitrag beträgt 5,00 Euro, da ich zurzeit
Auszubildende(r) | Anwärter(in) | Studierende(r) bin.

Auszubildende(r) von _____ voraussichtlich bis _____

Anwärter(in) von _____ voraussichtlich bis _____

Studierende(r) von _____ voraussichtlich bis _____

Mein GdS-Beitrag beträgt _____ Euro,
das sind 0,75 Prozent meiner Bruttobezüge.

Mein GdS-Beitrag richtet sich nach dem Höchstbetrag, da meine
Bruttobezüge die Beitragsbemessungsgrenze in der gesetzlichen
Krankenversicherung übersteigen.

Ich beantrage den Partnerbeitrag der GdS, da meine Partnerin | mein
Partner ebenfalls GdS-Mitglied ist.

Ich ermächtige die GdS bis auf Widerruf, den sich aus meinen jeweili-
gen Einkünften ergebenden Beitrag per Lastschrift von meinem Konto
einzuziehen. Mir ist bekannt, dass die GdS den Beitrag nach linearen
Gehaltserhöhungen prozentual anpasst.

Ich wünsche die Abbuchung monatlich quartalsweise

Kreditinstitut

IBAN

Gläubiger-Identifikationsnummer DE ZZZ 00000 329397

Sondervereinbarung:

Ich bitte, meine Mitgliedschaft bei der Gewerkschaft

vom _____ bis _____

auf die GdS-Leistungen anzurechnen.

Ich bitte, die Beitragszahlung zur GdS bis zum Ablauf der Kündigungsfrist

am _____ (bitte genaues Datum) auszusetzen.

Datum | Unterschrift